



## Pressemitteilung

Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung

März 2004

*Neue Studie des Osteuropa-Instituts München:\**

### **EU-Beitrittsreife der Türkei und Konsequenzen einer EU-Mitgliedschaft**

Im Mittelpunkt der Studie stehen die Bewertung der Türkei hinsichtlich der politischen und ökonomischen Beitrittskriterien (Kopenhagen-Kriterien) sowie die Auswirkungen ihres EU-Beitritts. Die Studie zeigt auf, dass die *politischen Kriterien (volle Realisierung der bürgerlichen Rechte und Freiheiten) noch nicht vollständig erfüllt sind*. Trotz beachtlicher formalrechtlicher Fortschritte ist es auch aufgrund der von der EU-Kommission aufgelisteten Defizite (u.a. Situation der Minderheiten, Fälle von Folter, mangelhafte Religionsfreiheit) zweifelhaft, ob Ankara bis zum Herbst dieses Jahres die politischen Kopenhagen-Kriterien in der gesellschaftspolitischen Praxis erfüllen kann. Dennoch erscheint es zum jetzigen Zeitpunkt durchaus möglich, dass die EU einer Aufnahme der Verhandlungen unter Vorbehalt und starker Betonung der Dauerhaftigkeit der demokratischen Reformen zustimmt. Dabei dürften außen- und sicherheitspolitische Argumente den Ausschlag geben. Denkbar wäre dann, dass der Verhandlungsprozess nicht forciert, sondern eher verzögert wird.

*Auch die Erfüllung der wirtschaftlichen Kriterien wird noch viele Jahre in Anspruch nehmen*. Die Türkei hat nach der tiefen Wirtschaftskrise viel versprechende und vom IWF unterstützte Reformen eingeleitet (rückläufige Inflation und Staatsverschuldung, anziehendes Wirtschaftswachstum) und ist in vielen Bereichen nur etwas schlechter als Bulgarien und Rumänien zu beurteilen. Wird der Reformprozess konsequent fortgesetzt, dürften die Wirtschaftskriterien in einer zeitlichen Perspektive von zehn Jahren keine ernsthafte Barriere für einen EU-Beitritt der Türkei darstellen. Dies setzt allerdings voraus, dass keine weitere makroökonomische Krise den wirtschaftlichen Erholungsprozess zunichte macht. Auch bei einer positiven Wirtschaftsentwicklung bleibt der enorme wirtschaftliche Abstand zwischen der Türkei und der jetzigen EU bestehen. Hieraus ergeben sich weitreichende Konsequenzen, die den Verhandlungsverlauf (Forderung nach weitgehenden Übergangsregelungen), den Zeitpunkt (eher Verzögerung) und die Modalitäten (Sonderregelungen bei der Integration in die EU-Politiken) des Beitritts bestimmen werden.

Eine EU-Mitgliedschaft der Türkei wird unter Berücksichtigung der statischen wirtschaftlichen Effekte (aus der Liberalisierung) nur begrenzte Wachstumsimpulse in der EU (etwas höhere in der Türkei) auslösen, da die Handelsbarrieren mit Ankara schon weitgehend beseitigt sind (Zollunion). Diese könnten allerdings stärker ausfallen, wenn dynamische Effekte (u.a. höhere Investitionen vor allem aus dem Ausland) wirken. Eine EU-Perspektive – wie auch immer definiert – wird durch eine höhere politische Stabilität diese Entwicklung begünstigen. Entscheidend bleibt jedoch die Reformfähigkeit und Solidität der türkischen Wirtschaftspolitik. Selbst bei Wachstumsraten deutlich über dem EU-Niveau (d.h. 5% jährlich) wird die Türkei ca. 4 Dekaden benötigen, um 75% des EU-15-Einkommensniveaus zu erreichen. Damit wird das Einkommensgefälle als wichtiger Grund für Wanderungsbewegungen zunächst bestehen bleiben, so dass von einem hohen – wenn auch schwer quantifizierbaren – Migrationspotential auszugehen ist. Langfristige Übergangsregelungen bei der Personenfreizügigkeit wären demnach unvermeidlich.

Ohne umfangreiche Reformen in der EU-Agrar- und Strukturpolitik (auch aus technisch-organisatorischen Gründen) wird ein EU-Beitritt der Türkei von der EU nur schwer zu bewältigen sein. Die Übernahme der EU-Agrarpolitik (bzw. der Vollzug der Zollunion auch in diesem Bereich) würde Vorteile für die türkischen Konsumenten, aber Nachteile für die türkischen Bauern beinhalten. Agrartransferzahlungen aus Brüssel können dies abmildern. Nach derzeitigen Regeln kann die Türkei im Jahr 2013 jährlich zwischen 1,4 bis 4,5 Mrd. Euro erwarten (alle Angaben in konstanten Preisen von 1999 und bezogen auf das Jahr 2013). Im Rahmen der jetzigen EU-Struktur- und Regionalpolitik kann Ankara zusätzlich mit erheblichen Ressourcentransfers von jährlich 11,3 Mrd. Euro rechnen, wenn sie in der Lage ist, die Absorptionsgrenze von 4% des BIP zu erreichen. Die Heranführungshilfe wird voraussichtlich eher bescheiden (zwischen 0,8 bis 2 Mrd. Euro) ausfallen. Die Kosten eines EU-Beitritts der Türkei würden zunächst moderat ausfallen (Einstiegsszenario: Nettotransfer 5,2 Mrd. Euro jährlich), können bei vollständiger Integration in die unveränderten EU-Politiken aber deutlich steigen bis auf 14 Mrd. Euro steigen.

\* Wolfgang QUAISSER und Alexandra REPPGATHER: *EU-Beitrittsreife der Türkei und Konsequenzen einer EU-Mitgliedschaft*; Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut München, Working Paper Nr. 252, Januar 2004 ISBN 3-921396-89-1. Die Studie kann von Ihrer Redaktion kostenlos angefordert werden und ist im Internet unter [www.oei-muenchen.de](http://www.oei-muenchen.de) verfügbar.